

II-724 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

1010 Wien, den 25. Feber 1980.  
Stubenring 1  
Telephon 7666X

Zl. IV-50.004/4-2/80

B e a n t w o r t u n g  
der Anfrage der Abgeordneten Dr. TULL  
und Genossen an den Bundesminister für  
Gesundheit und Umweltschutz betreffend  
Verbot der Verwendung von Treibgas in  
Sprühdosen (Nr. 300/J)

296 IAB  
1980 -02- 27  
zu 300 J

In der gegenständlichen Anfrage wird folgende Frage gestellt:

"Sind Sie bereit, für ein möglichst baldiges Verbot der Verwendung von Treibgasen in Österreich einzutreten?"

In Beantwortung dieser Anfrage teile ich mit:

Wie bereits im Rahmen der Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfragen der Abgeordneten Mag. HÖCHTL und Genossen (Nr. 1716/J-NR/1978) sowie der Abgeordneten Dr. SCRINZI und Genossen (Nr. 2151/J-NR/1978) dargelegt wurde, waren die Aussagen der Wissenschaftler zu diesem Thema nie einheitlich. Der Grund für diese Divergenzen liegt sicher in der Komplexität von photochemischen Prozessen in der Gasphase und in der Beeinflussung der Ozonkonzentration in der Stratosphäre durch andere Luftschadstoffe (z.B. Abgase hochfliegender ziviler und militärischer Luftfahrzeuge).

Diese Auffassungsunterschiede in den wissenschaftlichen Untersuchungen sind nach wie vor vorhanden. So führt die letzte Untersuchung der National Academy of Science der USA zu dem Schluß, daß die Fluorkohlenwasserstoffe eine bedeutende Verminderung der Ozonkonzentration verursachen;

- 2 -

eine etwa zur gleichen Zeit publizierte Arbeit des Department of the Enviroment in Großbritannien kommt aber zu einem gegenteiligen Schluß. Es wird auch immer wieder die Vermutung geäußert, daß hinter der Diskussion um die Auswirkungen der Fluorkohlenwasserstoffe in der Umwelt entweder Konkurrenz motive potenter Wirtschaftsunternehmen oder Motive der Ablenkung von anderen, größeren Gefahren - wie etwa den von Flugzeugen ermittelten Stickoxiden - stünden.

Wie schon mehrmals und von verschiedenen Seiten festgestellt wurde, liegt es in der Natur der Sache, daß ein Alleingang Österreichs wenig Sinn hat. Wir werden daher unter Beachtung der einschlägigen Entwicklung bei unseren Nachbarstaaten und Haupthandelspartnern dafür sorgen, daß in Österreich bei Vorliegen eindeutiger und übereinstimmender wissenschaftlicher Erkenntnisse im Rahmen eines koordinierten Vorgehens dieser Staaten die erforderlichen Maßnahmen getroffen werden.

Der Bundesminister:

